

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich	4		Datum
Fachbereich	7/4	8/1	22.03.2002
Bearbeitet von:	Herrn Dr. Kraft	Herrn Düber	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**09.04.2002**

---

Betreff:

**Stellungnahme zum Antrag der UWG-Fraktion vom 05.02.2002**  
**"Außerkraftsetzung / Änderung der städtischen Baumschutzsatzung"**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen in ihrer jetzigen Form beizubehalten.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Mit Datum vom 05.02.2002 stellte die UWG-Fraktion einen Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung mit dem Thema „Außerkraftsetzung / Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 27.02.2002 erörtert und zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie verwiesen. Vor der Erörterung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie am 09.04.2002 hat sich die städtische Baumkommission in ihrer Sitzung am 21.03.2002 ebenfalls mit dem o.g. Antrag befasst.

Um eine Grundlage für die Erörterungen in der städtischen Baumkommission und im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu schaffen, wird aus Sicht der Verwaltung zum o.g. Antrag der UWG-Fraktion wie folgt Stellung genommen:

## Bericht zum Status Quo:

### 1. Jahresberichte zur Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung

Seit 1991 wird der zuständige Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie anhand einiger Kennzahlen regelmäßig über die Umsetzung der Baumschutzsatzung informiert. Der folgende Bericht für das Jahr 2001 wurde in der Sitzung des AfULE am 21.02.2002 vorgestellt:

„Von 286 gestellten Anträgen wurden ca. 9 % von der Verwaltung nach vorheriger Prüfung und Ortsbesichtigung als unbegründet bzw. zumutbar abgelehnt. In 22 Fällen wurde die Beseitigung von Bäumen aufgrund von geplanten Baumaßnahmen beantragt und größtenteils auch genehmigt.

Insgesamt wurde für 462 Bäume (189 Laub- und 273 Nadelbäume) eine Ausnahmegenehmigung bzw. Befreiung nach § 6 der Baumschutzsatzung erteilt. 19 % des betreffenden Baumbestandes mussten aus unterschiedlichen Gründen als stark geschädigt oder abgestorben eingestuft werden. Zudem wurden weitere 42 % als geschädigt bewertet.

174 Vorgänge (61 %) wurden mit der Auflage einer Ersatzpflanzung verbunden (Vergleich 2000: 232 Vorgänge = 66 %).

In Fällen, in denen Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß § 12 der Baumschutzsatzung wegen ungenehmigter Fällung oder unsachgemäßer Behandlung geschützter Bäume eingeleitet wurden, sind zumindest Folgenbeseitigungen (Ersatzpflanzungen) festgesetzt worden.“

Jahr	Anzahl der Anträge	davon abgelehnt		Anzahl der Ersatzpflanzungen		Höhe der Ausgleichszahlungen (DM)	Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren	Ordnungs- und Bußgel-der (DM)
			in %	Bäume	Sträucher			
1991	75	10	13,33			2.157,00	4	
1992	113	7	6,19			55.294,00	15	1.181,00
1993	143	11	7,69	121	89	27.093,00	15	529,00
1994	186	15	8,06	194	67	32.514,00	38	2.652,00
1995	198	9	4,54	230	47	4.032,60	22	549,00
1996	221	5	2,26	229	85	1.431,30	12	311,00
1997	274	8	2,92	305	75	12.163,00	11	0,00
1998	287	21	7,32	410	24	13.028,20	13	1.502,00
1999	326	16	4,91	337	94	11.472,71	12	411,00
2000	351	28	7,98	413	160	5.590,41	10	1.402,00
2001	286	27	9,44	298	157	1.600,00	7	791,00

## 2. Anzahl der Baumschutzberatungen

Neben der Bearbeitung von eingereichten Baumschutzanträgen wurden im Jahr 2001 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 7/4 insgesamt **1101 Baumschutzberatungen** durchgeführt. Behandelt wurden hierbei insbesondere Fragen zu

- Baumartenwahl bei Ersatzpflanzungen
- Baumpflegemaßnahmen
- Rechtliche Situation von Anpflanzungen
- Einzelheiten zur Baumschutzsatzung

## 3. Bearbeitungsdauer von Baumschutzanträgen

Im Rahmen der vorhandenen Personalkapazitäten werden eingereichte Anträge auf Ausnahmegenehmigungen in der Abteilung 7/4 schnellstmöglich vor Ort überprüft und mit einem schriftlichen Bescheid an die Antragsteller abgeschlossen.

Im Jahr 2001 wurden **74 %** aller Anträge **innerhalb von 2 Wochen** erledigt.

Bei den übrigen Anträgen verzögerten in der Regel fehlende Antragsunterlagen bzw. noch offene Fragen die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung.

## 4. Verteilung der Ausnahmeanträge auf die Stadtteile

Die in der Anlage enthaltene Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der in den Jahren 1998 - 2001 zur Entfernung beantragten Bäume in den einzelnen Gemarkungen des Stadtgebietes. Hieraus wird ersichtlich, dass in den 10 dörflich geprägten Stadtteilen in jedem Jahr vereinzelt Anträge zur Entfernung geschützter Bäume gestellt werden. Insgesamt wurden hier in den vergangenen 4 Jahren lediglich 52 Anträge gestellt. Dies entspricht lediglich 4 % aller Anträge im Stadtgebiet im gleichen Zeitraum (1250). Die weitaus meisten Anträge wurden in den städtisch geprägten Kerngebieten Siegen, Weidenau und Geisweid gestellt.

## 5. Größenverteilung der zur Beseitigung beantragten Bäume

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Größenverteilung der im Jahr 2001 zur Beseitigung genehmigten Bäume. Sie zeigt, dass ca. 52 % der Bäume einen Stammumfang < 120 cm über dem Erdboden aufwiesen. Immerhin 48 % der Bäume hatten einen Stammumfang > 120 cm. 66 entfernte Bäume wiesen einen Stammumfang > 150 cm auf und kamen damit bereits in einen Bereich, der zum Teil als straßen- bzw. ortsbildprägend bezeichnet werden musste.

<b>Anträge auf Ausnahmegenehmigung 2001 - Genehmigter Baumbestand -</b>					
<b>Stammumfang</b>	<b>80 - 99 cm</b>	<b>100 - 120 cm</b>	<b>121 - 150 cm</b>	<b>&gt; 150 cm</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Anzahl Bäume gesamt</b>	94	148	121	99	462
<b>einstämmig</b>	92	142	121	66	421
<b>mehrstämmig</b>	2	6	0	33	41

## Stellungnahme zum Antrag der UWG-Fraktion

Der Antrag der UWG-Fraktion auf Erstellung eines Baumkatasters würde bedeuten, dass in den kommenden 2 Jahren im Stadtgebiet flächendeckende Begehungen städtischer und privater Grundstücke durchgeführt werden müssen mit dem Ziel, ortsbildprägende und schützenswerte Bäume zu erfassen und in einem Kataster aufzunehmen. Diese Vorgehensweise hätte folgende Nachteile:

- Sehr hoher Personalaufwand für die örtlichen Aufnahmen, da alle Grundstücke in Augenschein genommen werden müssen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie in seiner Sitzung am 18.06.1991 beschlossen hat, die laufenden Arbeiten an einem Baumkataster für das Stadtgebiet Siegen wegen des zu hohen personellen Aufwandes einzustellen.
- Da das Kataster Bestandteil der Satzung wäre, müsste mit jeder Entfernung eines geschützten Baumes auch die Satzung geändert werden;
- Die Bezeichnung „ortsbildprägend“ und „schützenswert“ stellen unklare Rechtsbegriffe dar, die zu rechtlichen Problemen und zu Konflikten mit betroffenen Eigentümern bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung führen können. Auch wenn die Begriffe durch Kriterien genauer eingegrenzt und beschrieben werden können, ist dennoch eine subjektive Beurteilung, ob Bäume in das Kataster aufgenommen werden oder nicht, nicht zu vermeiden.

Vom ökologischen Standpunkt aus gesehen ist ein möglichst flächendeckender Schutz des Baumbestandes im besiedelten Bereich erforderlich, um dem angestrebten natur- und landschaftsschützerischen Zweck am weitesten Rechnung zu tragen. Hierzu zählen auch die Bäume, die noch nicht ortsbildprägend sind, deren ökologische Funktionen im Sinne des § 1 der Baumschutzsatzung aber sehr wohl gegeben sind.

Alle Entscheidungen im Zuge von Genehmigungsverfahren nach § 6 der Baumschutzsatzung stellen Einzelfallentscheidungen dar, denen jeweils eine örtliche Überprüfung des Sachverhaltes vorangeht. Dies gilt auch im Hinblick auf die Festsetzung von Ersatzpflanzungen. In den Fällen, bei denen auf den betreffenden Grundstücken eine hinreichende Eingrünung vorhanden ist, kann der Umfang der Ersatzpflanzungen reduziert werden oder ggf. ganz entfallen. Dieser Ermessensspielraum wird seit Jahren in der Genehmigungspraxis zugunsten der Antragsteller angewendet.

Der Verwaltung liegen keine Erkenntnisse oder Hinweise darüber vor, dass insbesondere in den Ortsrandlagen oder dörflich geprägten Stadtteilen Bäume systematisch von Grundstückseigentümern entfernt werden, bevor sie den in der Baumschutzsatzung definierten Mindeststammumfang von 80 cm erreichen.

Eine Benachteiligung von Eigentümern innerstädtischer Grundstücke gegenüber Grundstücksbesitzern in Ortsrandlagen oder Stadtteilen mit dörflichem Charakter bei der Festsetzung von Ersatzpflanzungen erfolgt nicht. In jedem Einzelfall wird auf der Grundlage der Anzahl entfernter Bäume und der örtlichen Verhältnisse darüber entschieden, ob und in welchem Umfang Ersatzpflanzungen festgelegt werden.

## Städtische Baumkommission

Ergänzend zum o.g. Bericht zur Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung soll im folgenden ein Statement zur Arbeit der städtischen Baumkommission aus Sicht der Verwaltung gegeben werden, da diese auf der Basis der Baumschutzsatzung den Umgang mit den städtischen Bäumen regelt. Eine Betrachtung der Baumschutzsatzung muss somit gleichzeitig die Arbeit der städtischen Baumkommission einschließen.

1. Die städtische Baumkommission ist gemäß § 6 Absatz 4 der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen entstanden, um ein Kontrollorgan für die Fällung von Bäumen auf städt. Grundstücken zu schaffen. Die Schaffung dieser Baumkommission als Kontrollorgan geht auf eine Zeit zurück, in der durch Baumaßnahmen und sonstige Schädigungen eine Vielzahl von Baumfällungen erforderlich wurde und eine Übersensibilität der Bevölkerung vorhanden war. Die Baumkommission sollte auch dem Zweck dienen, dass die Stadt Siegen mit ihren Baumfällungen mit gutem Beispiel voran geht und möglichst einen restriktiven Kurs fährt bzw. im Umkehrschluss eine vorbildliche Baumpflege betreibt.
2. Die Baumkommission ist gemäß Baumschutzsatzung zuständig für alle Bäume, die auf stadteigenen Grundstücken stehen. Nur im Ausnahmefall (einige wenige Fälle im Jahr) ist sie auch für Baumpflegemaßnahmen im privaten Bereich zuständig. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen 5 Jahre liegt der Prozentsatz der Zuständigkeit mit ungefähr 99 % im Bereich der öffentlichen Bäume.
3. Die Baumkommission hat in den letzten 7 Jahren insgesamt 605 Beschlüsse gefasst, die immer auf Vorschlag der Verwaltung oder in Abänderung auch aufgrund der Vorschläge einzelner Mitglieder der Baumkommission zustande gekommen sind. Hierbei ist anzumerken, dass es eine breite Basis zwischen Baumkommission und den zuständigen Stellen der Verwaltung gibt, die von einem gegenseitigen Vertrauen lebt und offene und sachliche Diskussionen beinhaltet.
4. Die Baumkommission ist insofern für die Grünflächenabteilung von großer Bedeutung, als dass hier ein Gremium existiert, in dem Problemfälle bei Baumfällungen, publikumswirksame Durchforstungen oder Baumfällungen oder auch Bürgeranträge diskutiert werden können, die ökologische, betriebswirtschaftliche und verkehrssicherungstechnische Aspekte beinhalten. Gleichzeitig wird über dieses Gremium sichergestellt, dass der Umweltausschuss über alle Beschlüsse informiert wird und letztlich in den vergangenen Jahren die Arbeit der Baumkommission mit getragen hat.  
Auch wenn die Baumkommission für die Grünflächenabteilung nur Empfehlungen geben kann, hat es bisher keinen Fall gegeben, in dem endgültig die Verwaltung entgegen einem Beschluss der Baumkommission handeln musste.
5. Sowohl von Seiten der Mitglieder der Baumkommission als auch von Seiten der Grünflächen- bzw. Umweltabteilung ist ein großes Bestreben zu erkennen, einvernehmliche Regelungen in strittigen Fällen zu finden. Insbesondere bei schwerwiegenden Eingriffen in die Baumschubstanz und bei ortsbildprägenden Bäumen ist diese Vorab-Diskussion mit der Baumkommission sehr förderlich und setzt einen sachlich fundierten und ausgewogenen Abwägungsprozess in Gang, der dann wieder auf der politischen Basis des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie endet.

6. In den letzten Jahren hat es keine Streitigkeiten in der Öffentlichkeit oder in der hiesigen Presse über Baumfällungen gegeben. Dies spricht dafür, dass die Ausgewogenheit der Entscheidungen der Baumkommission gegeben ist und letztlich durch die Intensivierung der Pressearbeit der Grünflächenabteilung auch ein größeres Verständnis der Bevölkerung erreicht worden ist; nicht zuletzt deshalb, weil jede Fällung oder jede Durchforstung vorher in der Presse veröffentlicht und gleichzeitig auf Ersatzmaßnahmen hingewiesen wird. Insofern handelt es sich um eine offene und bürgerfreundliche Informationspolitik. Selbst beim Fällen bzw. Kappen einer sehr alten Buche am Weiß-Flick'schen-Grundstück hat es keinerlei negative Äußerungen der Presse oder in Leserbriefen gegeben.
7. Durch die Arbeit der Baumkommission entsteht sowohl im Bereich der Grünflächenabteilung als auch im Bereich der Umweltabteilung ein Verwaltungsaufwand, der mit insgesamt ca. 3 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit und ca. 3 Stunden Sitzungszeit zu beziffern ist. Insgesamt haben in den letzten 5 Jahren 46 Sitzungen stattgefunden, die somit unter Berücksichtigung eines Personalaufwandes von 2 Personen der Grünflächenabteilung und 1 Person der Umweltabteilung einen Verwaltungsaufwand von 828 Stunden darstellen. Dies bedeutet einen jährlichen Aufwand von 118 Stunden.

Die Verwaltung hat großes Interesse, die Baumkommission auch weiterhin als beratendes Gremium zu erhalten, um strittige Entscheidungen auf breiter Basis zu klären, über die Baumkommission den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu informieren und auch weiterhin eine offene und bürgerfreundliche Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Im Auftrag

Im Auftrag

Schul

Bonstein

## Anlagen

Grafik "Aufteilung der Ausnahmegenehmigungen in den Jahren 1998 - 2001 nach Gemarkungen